

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 621 bis 624 löschen:

Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt entlasten, indem ~~wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in Arbeit bringen. Zudem wollen wir die~~ Verwaltung durch die weitere Digitalisierung verschlanken. Und wir wollen insbesondere klima- und

Begründung

Die Argumentation, dass die Integration von Bürgergeldbezieher*innen und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt primär dazu dienen soll, den Haushalt zu entlasten, greift zu kurz und stellt die falschen Prioritäten in den Vordergrund. Es geht bei der Arbeitsmarktintegration in erster Linie um die Menschen – um ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, soziale Teilhabe und den Zugang zu guter Arbeit. Eine solche Formulierung instrumentalisiert die Menschen und reduziert sie auf ihre Kosten. Darüber hinaus ist die Kombination von Arbeitsmarktintegration mit Verwaltungseinsparungen und Subventionsabbau in einem Absatz problematisch, da dies unterschiedliche Ziele vermischt und die Bedeutung einer sozialen und gerechten Arbeitsmarktpolitik verwässert. Deswegen sollte der entsprechende Satz gestrichen werden. Abgesehen davon argumentiert so die Union – wir sollten das nicht übernehmen.

weitere Antragsteller*innen

Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hermann E. Ott (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Siegfried Heim (KV Ulm); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Clemens Rostock (KV Oberhavel); Jan Snoor Andersen (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Florian Imbt (KV Braunschweig); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Gilbert Kalb (KV Köln); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Karsten Ludwig (KV Krefeld); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.